



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 05. Februar 2013

P121890

11.431 Parlamentarische Initiative. Rehabilitierung administrativ versorgter Menschen; Vernehmlassungsverfahren

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an das Bundesamt für Justiz.

Begründung

Von Vormundschaftsbehörden verfügte Einweisungen in Anstalten vor allem Jugendlicher aufgrund von Tatbeständen wie „Arbeitsscheue“, „lasterhaftem Lebenswandel“ oder „Liederlichkeit“ waren in der Schweiz lange Zeit gängig. Den Betroffenen war damals in vielen Fällen der Zugang zu einer gerichtlichen Überprüfung verwehrt und sie wurden in grosser Anzahl auch in ungeeignete Institutionen wie Strafanstalten untergebracht, obwohl keine strafrechtliche Verurteilung vorlag. Die damalige Rechtslage und Praxis führte aus heutiger Sicht dazu, dass den betroffenen Personen teils massives Unrecht widerfuhr. Aufgrund einer parlamentarischen Initiative erarbeitete die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates einen Gesetzesentwurf zur Rehabilitierung der administrativ Versorgten und schickte ihn in die Vernehmlassung. In seiner Stellungnahme unterstützt der Regierungsrat den Entwurf als wichtigen Beitrag zur Rehabilitierung administrativ versorgter Menschen.

